

Rückblick Sondersession Oktober 2020

Andreas Ott, Fraktionssekretär



Nationalrat fordert sofortige Inhaftierung von Terror-Rückkehrern

[19.3034 Mo. Fraktion V. Sicherheitshaft für Dschihad-Rückkehrer](#)

Erfolg für die SVP: Islamistische Kämpfer und Unterstützer anderer Terrorgruppen, die in die Schweiz zurückkehren, sollen unverzüglich in Haft genommen werden. Die Haft soll erst aufgehoben werden, wenn erwiesen ist, dass die Person keine Gefahr darstellt. Die Behörden sollen sich bei der Anordnung dieser Massnahme auf Einschätzungen des Nachrichtendienstes des Bundes abstützen dürfen, da oftmals keine anderen Informationsquellen vorliegen. Linksrün stellte sich wie erwartet auf die Seite der Terror-Gehlfen, doch eine bürgerliche Mehrheit unterstützte das Anliegen der SVP. Nun muss noch der Ständerat zustimmen.

Zugunsten von Schweizer Geschäften: Nationalrat bremst Einkaufstourismus

[19.3975 Mo. FK-NR. Verbesserung der Steuergerechtigkeit im Warenfluss des kleinen Grenzverkehrs](#)

[18.300 Kt. Iv. St. Gallen. Keine Subventionierung des Einkaufstourismus](#)

[18.316 Kt. Iv. Thurgau. Beseitigung der Wertfreigrenze im Einkaufstourismus](#)

Die Wertfreigrenze liegt derzeit bei 300 Franken pro Person und Tag. Neben einer tieferen Wertfreigrenze schlägt die angenommene Motion der Finanzkommission vor, die Wertfreigrenze an die Ausfuhr-Bagatellgrenze des Herkunftslandes anzupassen. Bei dieser handelt es sich um den Mindesteinkaufsbetrag im Ausland, welcher pro Verkaufsgeschäft oder pro Rechnung erreicht werden muss, damit die Mehrwertsteuer zurückerstattet wird. Auch den Initiativen der Kantone Thurgau und St.Gallen, wonach die Wertfreigrenze auf privaten Wareneinfuhren ganz abgeschafft werden soll, gab der Nationalrat folge.

Linker Angriff auf Milizparlament erfolgreich abgewehrt

[15.438 Pa.Iv. Berberat. Eine Regelung für transparentes Lobbying im eidgenössischen Parlament](#)

Unter dem Tarnmantel einer Anti-Lobbyisten-Vorlage versuchten SP, Grüne und GLP einmal mehr, das Schweizer Milizparlament in ein Profiparlament umzumodeln. Doch der Nationalrat versenkte den Gesetzesentwurf nun endgültig. So hätten Parlamentarier beispielsweise ihre Einkünfte aus privaten Tätigkeiten ausweisen müssen. Zudem wollte die Vorlage Dinge verbieten, die so nachweislich gar nicht vorkommen, wie den Verkauf von Tagesausweisen zum Parlamentsgebäude. Damit zeichnet die Linke ein völlig falsches Bild des Politbetriebs in Bern. Nur solange unsere Parlamentarier nebst der Politik einer Arbeit nachgehen, ist sichergestellt, dass die Politik einen guten Bezug zur Realität behält.

Covid-19-Krise auch eine Gender-Krise?

[20.3398 Po. Funicello Gerechte Krisenführung?](#)

Die Ratslinke versucht, aus der Covid-19-Epidemie politisches Kapital zu schlagen. So wollte die SP vom Bundesrat einen Bericht darüber, wie sich die Krisenmassnahmen auf Frauen und

Männer, Migrantinnen und Migranten, auf Menschen in unterschiedlichen Einkommen sowie auf Stadt und Land ausgewirkt haben. Die SVP bekämpfte dieses unnütze Postulat erfolgreich.

Nationalrat will keine Referenzpreise für Generika

[19.046 Bundesgesetz über die Krankenversicherung. Änderung \(Massnahmen zur Kostendämpfung - Paket 1\)](#)

Generika sind in der Schweiz mehr als doppelt so teuer wie im Ausland. Doch ein Referenzpreissystem (Preisobergrenze anhand der Preise im Ausland) hätte dazu geführt, dass sich Generika-Anbieter vom Schweizer Markt zurückgezogen hätten und damit vermehrt nur noch die teuren Originalpräparate erhältlich wären. Zudem wäre die Situation für Chronisch-Kranke ungemütlich geworden, weil das billigste Präparat unter Umständen immer wieder Therapiewechsel bedeutet – und damit eine schlechtere Versorgung.



Sündenfall: Nationalrat will rückwirkend in hunderttausende Mietverträge eingreifen

[20.076 Covid-19-Geschäftsmietegesetz](#)

Der Covid-19 bedingte Lockdown im Frühling hat bei vielen Unternehmen zu empfindlichen Einnahmeausfällen geführt. Darum hat der Bund mit Unterstützung der SVP bereits zahlreiche Unterstützungsmassnahmen beschlossen: Kurzarbeitsentschädigung, um die Lohnkosten zu decken, unbürokratische, zinslose Kredite und eine Härtefallentschädigung ab nächstem Jahr. Die Ratslinke mit Unterstützung von Teilen der CVP will nun aber rückwirkend in hunderttausende private Verträge zwischen Mieter und Vermieter eingreifen. Mit 91 zu 89 Stimmen bei 4 Enthaltungen ist der Nationalrat auf die Vorlage eingetreten. Die Vermieter sollen also auf 60% ihrer Mieteinnahmen verzichten müssen. Wer sich bereits gütlich auf eine hälftige Aufteilung oder einen anderen befristeten Rabatt geeinigt hat, steht nun dumm da. Wer nichts tat, auf stur schaltete und auf Papa Staat wartete, wird belohnt. Bleibt zu hoffen, dass der Nationalrat im Winter oder spätestens der Ständerat zur Vernunft kommt und diese verfassungswidrige Vorlage beerdigt.

Gratiskredite wegen Covid-19 – ja, aber doch nicht auf ewig

[20.075 COVID-19-Solidarbürgschaftsgesetz](#)

Der Nationalrat hat dem Bundesgesetz über Kredite mit Solidarbürgschaft infolge des Coronavirus zugestimmt. Er schlägt jedoch in drei zentralen Punkten Änderungen vor. So soll etwa die reguläre Rückzahlungsfrist von fünf auf acht Jahre verlängert werden. Änderungen beschloss der Nationalrat auch beim Zinssatz. Der Bundesrat sah vor, dass dieser per 31. März 2021 an die Marktentwicklungen angepasst wird. Bis dann soll er zinslos sein. Der Nationalrat hat nun äusserst knapp mit 90 zu 89 Stimmen bei 4 Enthaltungen entschieden, dass die Kredite bis am 31. März 2028 zinslos bleiben sollen. Die SVP war für das Gesetz, lehnte jedoch die Verlängerung der Rückzahlung und der Zinslosigkeit ab. Denn dies stellt jene Unternehmen, welche die Krise mit eigenen Mitteln ohne Kredit stemmen wollten, schlechter als jene, die auf Vorrat Kredite aufnahmen. Wäre von Anfang an klar gewesen, dass die Kredite während acht Jahren zu 0% verzinst würden, hätten wohl alle einen solchen Kredit beantragt.

EINGEREICHTE VORSTÖSSE DER FRAKTION

[20.4275](#) Mo. Fraktion V. Stromversorgungssicherheit gewährleisten mittels systemtechnischer Abkommen mit den Nachbarländern

EINGEREICHTE VORSTÖSSE VON FRAKTIONSMITGLIEDERN

[Parlamentarische Initiativen](#)

[Motionen](#)

[Postulate](#)

[Interpellationen](#)

[Anfragen](#)

[Fragestunde](#)